

Betroffene und Familien der Opfer fordern Gerechtigkeit. TÜV Süd beteiligt. Auch in Deutschland soll Anklage erfolgen. Von **Hannah Dora**.

Belo Horizonte. Am Montag hat am Bundesgericht der 6. Region (TRF-6) in Belo Horizonte der Strafprozess zum Dammbruch von Brumadinho begonnen. Sieben Jahre nach der Katastrophe vom 25. Januar 2019 müssen sich der Bergbaukonzern Vale, eine brasilianische Tochtergesellschaft von TÜV Süd sowie 16 ehemalige Führungskräfte, Manager und Ingenieure wegen Mordes und Umweltverbrechen verantworten.

Durch den Bruch des Rückhaltebeckens der Mine Córrego do Feijão überfluteten etwa zwölf Millionen Kubikmeter giftigen Schlamms die Region. Der Dammbruch forderte 272 Todesopfer, darunter zwei ungeborene Kinder. Zwei Personen gelten bis heute als vermisst.

Das Gericht hat für das Verfahren insgesamt 76 Sitzungstage bis Mai 2027 angesetzt, in denen 166 Zeugen gehört werden sollen. In der aktuellen Phase geht es um die Ermittlung von Mängeln im Sicherheitssystem und fahrlässigem Verhalten. Während die Staatsanwaltschaft auf Mord mit bedingtem Vorsatz plädiert, da Warnungen vor dem Bruch ignoriert worden seien, behauptet die Verteidigung, das Ereignis sei unvorhersehbar gewesen. Der ehemalige Vale-Präsident Fábio Shvartsman wurde durch einen Habeas Corpus vorerst aus dem Verfahren ausgeschlossen, wogegen die Staatsanwaltschaft jedoch Berufung eingelegt hat.

Der erste Verhandlungstag war von drei Aussagen von Angehörigen der Todesopfer geprägt. Natália de Oliveira, die ihre Schwester verlor, schilderte, dass Vale die Familien jahrelang über den Verbleib der Opfer im Unklaren ließ; ihre Schwester konnte erst zwei Jahre nach dem Unglück identifiziert und bestattet werden. „Viele Menschen warteten auf eine offizielle Mitteilung von Vale, aber diese Mitteilung kam nie“, sagte sie. Für de Oliveira ist der Prozess keine Rache, sondern eine Frage der Würde: „Vale muss sich schämen, dass es seine Verpflichtung gegenüber meiner Schwester und allen Arbeitern nicht eingehalten hat.“

Zum Auftakt der Anhörungen protestierte die Bewegung der von Staudämmen Betroffenen (MAB) gemeinsam mit Angehörigen, Betroffenen und weiteren Organisationen vor dem Obersten Bundesgericht. Sie kritisierten die langsame Justiz, Versuche der beteiligten Unternehmen, sich der Verantwortung zu entziehen, sowie die ausbleibende umfassende Entschädigung. Die Familien fordern neben strafrechtlicher Verantwortung weiterhin Anerkennung, gesundheitliche Versorgung, Einkommenssicherung und Garantien, dass sich eine solche Katastrophe nicht wiederholt. Der Fluss Paraopeba ist weiterhin verschmutzt, und viele Menschen leiden noch unter den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen

Folgen des Dammbruchs. 2021 einigten sich Vale und die Regierung von Minas Gerais bereits auf eine Entschädigung von rund 5,8 Milliarden Euro im Zusammenhang mit Brumadinho. Laut der Regionalregierung handelt es sich um die höchste jemals in Lateinamerika gezahlte Schadensersatzsumme. Angehörige der Opfer kritisierten die Vereinbarung jedoch und hielten die Summe angesichts des tatsächlichen Schadens für deutlich zu niedrig.

Auch in Deutschland zieht sich die juristische Aufarbeitung hin. Über sechs Jahre nach einer Strafanzeige von ECCHR, Misereor und Hinterbliebenen hat die Staatsanwaltschaft München noch nicht über eine Anklage entschieden. Die Organisationen sprechen von strukturellen Problemen bei der Verantwortungszuweisung in der Zertifizierungsbranche. Der Prozess mache das Machtungleichgewicht zwischen betroffenen Familien und finanzstarken Konzernen deutlich. Sie betonen daher die Bedeutung verbindlicher Lieferkettenregeln, um Umwelt- und Menschenrechtsstandards konsequent durchzusetzen und künftige Katastrophen zu verhindern.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [Amerika21](#)

Titelbild: daily_creativity / Shutterstock